

**Aktions- und Strategiekonferenz am 19. / 20. November nutzen,
Widerstand organisieren:**

Für eine bundesweite Demo

Für eine Protest- und Streikstrategie gegen die Pläne der Großen Koalition und der Arbeitgeber

Die Merkel-Münterfering-Offensive auf Kündigungsschutz, Rente und Einkommen (Mehrwertsteuererhöhung, ...) sowie die Angriffe der Unternehmer in den Betrieben auf Tarife, Arbeitszeiten und Arbeitsplätze schüren den sowieso vorhandenen Umut und die Unzufriedenheit. Wie kann aus Wut Widerstand werden?

Frage des Tagesspiegel, 5. September, an DGB-Chef Sommer: „Wenn die Gewerkschaften mit der Macht des 3. April die Montagsdemonstrationen begleitet hätten, würden wir in einem anderen Land leben.“ Das Zitat ist von ihnen.“

Antwort Sommer: „Mag sein, aber wir hatten gute Gründe, das nicht zu tun, weil Rechtsradikale von Anfang an versucht haben, die Bewegung zu missbrauchen. Wir haben damals hohes demokratisches Verantwortungsbewusstsein bewiesen.“

Unter „demokratischem Bewusstsein“ verstehen wir nicht, die Interessen der eigenen Mitglieder, der Beschäftigten und Erwerbslosen mit Füßen zu treten. Doch genau das geschieht. Die Spitzen der DGB-Gewerkschaften sind verantwortlich für die vorübergehende Flaute der Bewegung gegen Sozialkahl-schlag, die mit dem 1. November 2003 schon gegen ihren Willen furios startete.

Doch diese Bewegung hat heute enorme Auswirkungen.

Die Bildung der WASG und der Einzug der Linksfraktion in den Bundestag waren der politische Ausdruck dieses Widerstands. Diese (erste) Herausforderung der Unternehmer und ihrer Parteien führte zum Kriseln der SPD (Münterfering-Rücktritt ...). Eine – trotz klarer Parlaments-Mehrheit – angeschlagene und geschwächte Regierung will die Agenda-Politik fortsetzen und toppen.

Um jetzt wieder in die Offensive zu



Jugendblock, 1.11.2003

kommen, müssen die Schlussfolgerungen aus den Bewegungen 2003 / 2004 gezogen werden:

1. Der Auftakt mit dem 1. November war nur möglich, weil die Eigeninitiative von unten die bewusste Passivität der Gewerkschaftsführungen aufbrach. Will eine Bewegung weiter kommen, darf sie das Heft des Handelns nicht an diese Spitzen-(Gehalts-)Funktionäre abtreten.

2. Demonstrieren allein reicht nicht. Demos können die eigene Stärke sichtbar machen. Das muss dann aber genutzt werden, um die Proteste in die Betriebe zu tragen. Arbeitsniederlegungen und Streiks entfalten ganz anderen Druck: Sie treffen die Konzerne, die Auftraggeber der Kürzungspolitik, wo es ihnen weh tut: am Profit. Und sie machen den Beschäftigten deutlich, welche Rolle sie in dieser Gesellschaft spielen: Die Arbeiterklasse hat nach wie vor die Macht, dafür zu sorgen, dass

alle Räder still stehen; sie produziert den Wohlstand, der heute vermehrt in den Taschen der Superreichen landet. Politische Streiks sind immer auch politische Herausforderungen der Konzern-Herren und ihrer Politiker.

Neuer Anlauf

Die Zahl der Auseinandersetzungen um Arbeitsplatzvernichtung, Verlagerungen und um den Erhalt von Betrieben steigt (AEG Nürnberg, Samsung Berlin-Oberschöneweide, Infineon München-Perlach, ...). Da die Gewerkschaften den Widerstand nicht zusammenfassen und keinen gemeinsamen Kampf organisieren, stehen die Belegschaften mit dem Rücken zur Wand.

Andere KollegInnen schlucken aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Hartz IV einiges: Arbeitszeitverlängerung, Lohnraub – die Erpressung der Unternehmer kennt kaum Grenzen.

Eine Initiative zur bundesweiten Ge-

SAV **Sozialistische
Alternative**

info@sav-online.de ★ Telefon 030 / 24723802 ★

www.sozialismus.info

ViSdP: Kimmerle, c/o SAV, Littenstr. 106/107, Berlin

genwehr kann für Belegschaften in der Defensive und für Beschäftigte unter Druck ein willkommenes Angebot sein, endlich gemeinsam den Mund aufzumachen und aktiv zu werden.

Die Tarifrunde der IG Metall im Frühjahr 2006 soll nach dem Willen der Unternehmern ebenfalls zum Schlachtfest gewerkschaftlicher Errungenschaften wie der „Steinkühler-Pause“ in Baden-Württemberg werden. Auch sie bietet die Möglichkeit, endlich gemeinsam zu handeln und den Frust in Gegenwehr zu verwandeln.

Der betriebliche Kampf und die Auseinandersetzung um Tarifverträge kann den Widerstand gegen die Regierung anstacheln und umgekehrt.

Der Betrag von AktivistInnen aus Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und die Initiative der „Aktions- und Strategiekonferenz“ jetzt kann entscheidend sein, diesen Widerstand in den Betrieben und gegen die Regierung zusammenzubringen und eine Protestwelle los zu treten.

Es muss darum gehen, die Blockade der Gewerkschaftsoberen aufzubrechen. Sie bremsen und unterdrücken die Macht der organisierten Arbeiterbewegung. Diese Kraft ist aber entscheidend, Merkel, Müntefering und die Unternehmer zu stoppen.

Dafür ist es nötig, in den Gewerkschaften durch organisierte Opposition Druck zu machen. Das reicht jedoch nicht aus. Machen wir selbst einen Anfang:

Bundesweite Demo

Eine Mobilisierungskampagne zu einer bundesweiten Demonstration verbunden mit konkreten Forderungen kann den Widerstand neu in Schwung zu bringen. Der Bruch in den Gewerkschaften mit der SPD kann zugunsten einer konsequenten Interessensvertretung für Beschäftigte und Erwerbslose voran getrieben werden.

Wir fordern die DGB-Gewerkschaften auf, eine solche Demo mit zu organisieren.

Ein Aufruf zu einer solchen Demo an Gewerkschaften, Betriebs- und

Ohne Moos nix los!

Im Gegensatz zu CDU/CSU, SPD, FDP oder den Grünen erhalten wir kein Geld von irgendwelchen Bonzen und Konzernen. Wir finanzieren uns ausschließlich durch die Spenden von Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen und durch unsere Mitglieder. Je mehr Geld wir haben, desto mehr können wir dem Kapitalismus einheizen.

SAV, Konto: 2500 59 430

bei der Postbank Essen

(BLZ 360 100 43)

Personalräte, WASG- und Linksparteitgliederungen, soziale Bewegungen und linke Organisationen sollte von der Aktionskonferenz ausgehen.

Dran bleiben

Doch bei einer Demo kann und darf es nicht bleiben.

Die Forderungen, der Aufruf und vor allem die nächsten Schritte müssen von den AktivistInnen selbst diskutiert werden. Schaffen wir es, gewerkschaftliche Gruppen, Gliederungen von WASG und Linkspartei / PDS für die Mobilisierung zu gewinnen – wunderbar. Gelingt es, den Druck so zu erhöhen, dass auch die DGB-Vorstände dazu aufrufen – umso besser. Wie es dann weiter gehen soll, müssen trotzdem die AktivistInnen von unten – dann hoffentlich noch viel mehr – diskutieren, besprechen und vereinbaren.

Wir benötigen Folgekonferenzen dieser Aktions- und Strategiekonferenz.

Um in den Betrieben mehr Kraft zu entwickeln, ist eine bundesweite Konferenz von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten nötig. Die APO-Konferenz könnte, möglichst zusammen mit den Gewerkschaftslinken, die Initiative zu einem solchen Kongress ergreifen, die Gewerkschaften zur Unterstützung aufrufen und dennoch auch hier selbst aktiv bleiben.

Bei einem solchen Zusammentreffen können ganz andere Schritte diskutiert und beschlossen werden. Die Verbindungen könnten geknüpft werden zwischen verschiedenen Betrieben, die von Entlassungen oder Lohnraub beziehungsweise Arbeitszeitverlängerung betroffen oder bedroht sind.

Für eine Protest- und Streikstrategie

Nötig ist, von einer bundesweiten Demonstration aus als nächsten Schritt einen Protest- und Streiktag zu organisieren. Die Spitzen des DGBs könnten das aufgrund der Stimmung unmittelbar. Zu befürchten ist von den Herren Sommer, Bsirske und Peters allerdings etwas anderes.

Daher müssen Folgekonferenzen und

vor allem eine Zusammenkunft von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten diese Aufgabe von unten stemmen.

Alle gemeinsam:

Arbeitszeit verkürzen, Löhne verteidigen, weg mit den Merkel-Müntefering-Angriffen, Schluss mit Sozialabbau!

Die Zielsetzung dieser Proteste kann die Anliegen der Beschäftigten in den Betrieben, der Erwerbslosen und aller von Sozialabbau Betroffener zusammenbringen. Alle gemeinsam:

- Statt weiterer Angriffe auf soziale Sicherung und Erwerbslose: Weg mit Hartz und der Agenda 2010, weg mit den Plänen der Großen Koalition
- Kündigungsschutz verteidigen – weg mit den Plänen zu zwei-jährigen Probezeiten
- Keine Angriffe auf junge Arbeitslose, statt dessen: Ausbildungsplätze durch 10%-Ausbildungsquote, kostenlose Bildung für alle, Abschaffung aller Studiengebühren
- Rente verteidigen: Keine Nullrunden, keine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67
- Arbeitszeitverkürzung auf real 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung. Das wäre ein Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und zur Umverteilung von oben nach unten
- 10 Euro Mindestlohn
- Investitionsprogramm von 40 Milliarden zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziales, Umweltschutz.
- Schluss mit Verlagerungsdrohungen und Arbeitsplatzabbau: Fortführung der Produktion unter demokratischer Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung; Überführung von Betrieben, die entlassen, in öffentliches Eigentum.

Jetzt aktiv werden!

- Ich will weitere Informationen über die SAV
- Ich will Mitglied der SAV werden

Vor- und Zuname

Email-Adresse

Straße, Hausnummer

Ort und Postleitzahl

Bitte einsenden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin